

1 5. Januar 2015

2

3 **Wirtschaftsdemokratie**

4 Impulspapier der ver.di AG Wirtschaftsdemokratie

5

6 **1. Warum ist Wirtschaftsdemokratie heute wieder aktuell?**

7 **1.1 Von der gefährdeten „halben“ zur „ganzen“ Demokratie**

8 Im Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften ist unsere parlamentarische De-
9 mokratie solange nur eine „halbe“ Demokratie, wie sie vor den Toren der Betriebe und
10 Verwaltungen endet. Deshalb forderten die Gewerkschaften immer den Ausbau der
11 parlamentarischen Demokratie hin zu einer Wirtschaftsdemokratie. Denn eine demo-
12 kratische Gesellschaft, die allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabemöglichkeiten,
13 Chancengleichheit und soziale Sicherheit gewähren will, muss diese gesellschaftlichen
14 Interessen auch gegen einen von privaten Profitinteressen dominierten Markt durch-
15 setzen. Sie muss Bürgerinnen und Bürgern in allen wesentlichen Lebensbereichen di-
16 rekte Einflussmöglichkeiten geben - ob in der Erwerbsarbeit durch Mitbestimmung und
17 Beteiligung oder in der Gesellschaft durch Bürgerbeteiligung.

18 Wirtschaftsdemokratie erschöpft sich aber nicht im Aufbau und der Weiterentwicklung
19 demokratischer Strukturen in Betrieb und Unternehmen. Der Weg allein ist nicht das
20 Ziel. Wirtschaftsdemokratische Konzepte enthalten immer auch konkrete Vorstellun-
21 gen über gesellschaftliche Entwicklung. Die Demokratisierung der Wirtschaft soll dazu
22 beitragen, gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen.

23 Seit Ende des 19. Jahrhunderts kämpften die Gewerkschaften und die Arbeiterbewe-
24 gung um demokratische Mitentscheidungsmöglichkeiten und gegen die ungleichen
25 Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.

26 Nach dem Zusammenbruch der autoritären Herrschaftssysteme am Ende des Ersten
27 Weltkrieges konnte die deutsche Arbeiterbewegung in der Novemberrevolution 1918
28 nicht nur das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen durchsetzen.
29 Mit dem Betriebsrätegesetz gelang es auch, betriebliche Machtstrukturen zu Gunsten
30 der Beschäftigten einzuschränken. Weiterreichende Forderungen zur Kontrolle wirt-
31 schaftlicher Macht durch Sozialisierung oder über Arbeiter- und Wirtschaftsräte wur-
32 den allerdings nicht verwirklicht.

33 Kurz vor der Weltwirtschaftskrise 1929 entwickelten die freien Gewerkschaften das
34 Konzept der Wirtschaftsdemokratie als Alternative zu einem Kapitalismus, in dem sich
35 die Macht immer mehr in wenigen Händen konzentrierte. Paritätische Lenkung der
36 Unternehmen, Planung und Sozialisierung sowie ein Ausbau der Genossenschaften
37 sollten die Wirtschaft auf das Gemeinwohl verpflichten. Dase Konzept und die Umset-
38 zung scheiterten in der Weltwirtschaftskrise. Die Gewerkschaften wurden 1933 zer-
39 schlagen.

40 Nach dem Zweiten Weltkrieg forderten fast alle gesellschaftlichen Kräfte als Lehre aus
41 der unheiligen Allianz von Großindustrie und NS-Diktatur eine Auflösung von Großkon-
42 zernen - ob durch Entflechtung oder Überführung in Gemeineigentum - und eine stär-
43 kere staatliche Regulierung. Der DGB wollte einerseits die volle paritätische Mitbe-
44 stimmung in allen Unternehmen, den Wirtschaftskammern und der Sozialversicherung
45 und andererseits die Sozialisierung von Schlüsselindustrien sowie eine volkswirtschaft-
46 liche Rahmenplanung durchsetzen.

47 Diese Ansätze konnten letztlich nicht verwirklicht werden. Das Betriebsverfassungsge-
48 setz von 1952 blieb weit hinter den gewerkschaftlichen Erwartungen zurück. Die Ge-
49 werkschaften mussten sich auch mit der Spaltung der Mitbestimmung durch ein eigen-
50 ständiges Personalvertretungsrecht im Öffentlichen Dienst abfinden. Aber immerhin
51 gelang es, die Tarifautonomie durch das Tarifvertragsgesetz zu stärken. Der wachsende
52 Wohlstand, der Ausbau sozialer Sicherungssysteme und später die Reformen des Be-
53 triebsverfassungsgesetzes (BetrVG) 1972 und 2001 sowie die erweiterte Unterneh-
54 mensmitbestimmung 1976 ließen weitergehende wirtschaftsdemokratische Ansprüche
55 in den Hintergrund treten.

56 **1.2 Entstaatlichung, Krise und Grenzen der Demokratie**

57 Neoliberale Wirtschaftskonzepte sind spätestens seit der Mitte der 1970er Jahre die
58 weltweite Antwort auf sinkende Wachstumsraten und strukturelle Arbeitslosigkeit. Sie
59 setzen auf den Rückbau des Staates und die Entfesselung der Märkte. Freie Märkte, so
60 der Anspruch, sollen Wachstum und Wohlstand für alle schaffen. Dem folgte die Politik
61 in unterschiedlichem Maße.

62 Fünf Bruchpunkte in der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwick-
63 lung begründen heute die Notwendigkeit, die gewerkschaftlichen Forderungen nach
64 Wirtschaftsdemokratie wieder aufzunehmen und neu zu durchdenken:

65 Erstens: Tarifverträge und Arbeitsrecht werden zurückgedrängt und abgebaut. Viele
66 Beschäftigte befinden sich durch Befristung, Niedriglöhne, Leiharbeit, Werkverträge
67 oder erzwungene Teilzeit in einer unsicheren Lebenslage. Sie müssen ständig um ihre
68 Existenz kämpfen und bekommen keine Entfaltungschancen und Anerkennung für ihre
69 Arbeit. Damit werden ihnen wesentliche Grundlagen für ihre Menschenwürde, ihre
70 Teilhabe und die Entfaltung ihrer Bürgerrechte vorenthalten.

71 Zugleich wachsen die Anforderungen in einer zunehmend von Wissen und Informationen
72 geprägten Arbeitswelt. Die Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt, seit langem im Gange
73 und bereits weit fortgeschritten, erfährt derzeit einen massiven Beschleunigungsschub. Sie
74 verändert Wertschöpfungsketten, Märkte und Branchen und sie eröffnet eine Vielzahl an
75 Optionen für neue Arbeitsformen. Weiterbildung, selbständige Arbeitsgestaltung und aktive
76 Teilhabe werden kontinuierlich gefordert. Die moderne Arbeit ist geprägt durch gegenläufige
77 Entwicklungen. Einerseits greifen Entsicherung und Entgrenzung um sich, andererseits steigen die
78 Autonomieansprüche und Gestaltungserfordernisse. Beides erfordert eine stärkere
79 Demokratisierung der Arbeitswelt. Die Menschen brauchen mehr individuelle wie kollektive
80 Rechte.

81 Die Mitbestimmung wird geschwächt. Arbeitgeber nutzen die Dezentralisierung be-
82 trieblicher Strukturen, um Mitbestimmungsrechte zu umgehen (Outsourcing, Sub-

83 Unternehmertum, Filialisierung, unternehmensrechtliche Aufspaltungen). Der Spiel-
84 raum der Mitbestimmungsgremien wird eingeschränkt, indem Unternehmen durch
85 Ausgliederung, Kostendruck und umfassende Deregulierung unter verschärfte Konkur-
86 renz gesetzt werden. Die Umbrüche in der Arbeitswelt verlangen mehr statt weniger
87 Mitbestimmung. Dadurch gewinnt die Auseinandersetzung um eine Demokratisierung
88 der Arbeit an Aktualität.

89 Zweitens: Angesichts der Ausbeutung der Natur ist eine neue Debatte über die Gren-
90 zen quantitativen Wachstums in Gang gekommen. In den Industriegesellschaften kop-
91 peln sich Lebensqualität und Wohlstand zunehmend vom wirtschaftlichen Wachstum
92 ab. Die negativen Begleiterscheinungen eines unregulierten und rein quantitativen
93 Wachstums nehmen zu: Der Raubbau an natürlichen Ressourcen, der Klimawandel und
94 eine erodierende Biodiversität bedrohen die Lebenschancen und die Lebensqualität
95 der Menschen - ganz zu schweigen vom Schicksal zukünftiger Generationen. Vor allem
96 in den Industrieländern muss sich die Produktions- und Lebensweise der Menschen
97 ändern, wenn Wohlstand und Lebensqualität für alle Menschen erreicht werden sol-
98 len. Dieser notwendige sozial-ökologischen Umbau muss durch die abhängig Beschäf-
99 tigten und die Zivilgesellschaft gestaltet werden. Das geht aber nur, wenn sie auch
100 demokratisch beteiligt werden.

101 Drittens: Ausgabenkürzungen und Steuersenkungen beschneiden die sozialstaatliche
102 Handlungsfähigkeit. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird zunehmend eingeschränkt
103 bzw. privatisiert. Sozialstaatliche Sicherungssysteme werden zu Gunsten privatisierter
104 Vorsorge abgebaut. Menschen mit niedrigen Einkommen und unsicheren Arbeitsver-
105 hältnissen werden damit den Schwankungen des Arbeitsmarktes doppelt ausgeliefert:
106 Sie können weder ihren aktuellen Lebensunterhalt sichern, noch für Rente, Krankheit
107 oder Arbeitslosigkeit vorsorgen. Für drängende Zukunftsaufgaben fehlen soziale Res-
108 sourcen sowie die Möglichkeit demokratischer Gestaltung. Das untergräbt die Demo-
109 kratie.

110 Viertens: In der Eurokrise sind die nationalen Wohlfahrtsstaaten und Beschäftigten
111 heftigen Angriffen ausgesetzt. Die herrschende Kürzungspolitik, so genannte Struktur-
112 reformen und der neoliberale Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion (Euro-Plus-
113 Pakt, Fiskalpakt etc.) unterhöheln das Europäische Sozialmodell. Darüber hinaus setzt
114 das System der Wettbewerbsstaaten die nationalen sozialen Sicherungssysteme unter
115 Druck. Deswegen befindet sich die Europäische Union in einer Legitimationskrise.
116 Mehr demokratische Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten könnten diese Entwick-
117 lung stoppen und den notwendigen Politikwechsel einleiten.

118 Fünftens: Die Entfesselung der Finanzmärkte hat eine schwere Weltwirtschaftskrise
119 verursacht. In dieser Krise retteten die Staaten den Finanzsektor unter Einsatz riesiger
120 Steuermittel. Die Rettungskosten wurden weitgehend auf die Allgemeinheit und zu
121 Lasten des Sozialstaates abgewälzt. Die Krisenhaftigkeit der Finanzmärkte bleibt durch
122 die Selbstblockade der Politik und ihre Unterwerfung unter das Diktat der Finanz-
123 marktakteure („marktkonforme Demokratie“) aber grundsätzlich bestehen. So wird die
124 demokratische Legitimation und Reichweite staatlichen Handelns weiter einge-
125 schränkt. Eine Demokratisierung der Wirtschaft könnte die ökonomische und gesell-
126 schaftliche Macht der Finanzinstitute einschränken.

127 **1.3 Ein neuer Anlauf zur Wirtschaftsdemokratie**

128 Die Brüche in der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung er-
129 fordern die Wiederaufnahme wirtschaftsdemokratischer Diskussionen und die Ent-
130 wicklung neuer Konzepte. Sie können jedoch nicht ohne weiteres an die bisherigen
131 Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie anknüpfen. Denn neue Probleme und Anfor-
132 derungen sind hinzugekommen:

133 Die älteren wirtschaftsdemokratischen Konzepte haben die „demokratische Frage“ nur
134 einseitig in Form repräsentativer Demokratie aufgenommen. Der organisierte Kapita-
135 lismus, so ältere Theoretiker der Wirtschaftsdemokratie, überwinde durch Kartelle und
136 Monopole die kapitalistische Anarchie und müsse nur noch demokratisch gesteuert
137 werden. Vor allem auf überbetrieblicher Ebene sollte an die Stelle eines kapitalisti-
138 schen Wettbewerbsregimes eine Steuerung „von oben“ treten, vermittelt über eine
139 Sozialisierung der Schlüsselindustrien, über Wirtschaftsräte und gesamtgesellschaftli-
140 che Rahmenpläne. Beteiligung und Selbststeuerung lokaler und betrieblicher Akteure
141 waren kein Schwerpunkt. Große Parteien und Gewerkschaften sollten stellvertretend
142 für ihre Mitglieder und das Allgemeinwohl agieren. Ein zeitgemäßer Entwurf von Wirt-
143 schaftsdemokratie nimmt dagegen die wachsenden Ansprüche der Beschäftigten in
144 der Arbeitswelt und der Bürgerinnen und Bürger auf. Unmittelbare Beteiligung soll
145 repräsentativ gewählte Gremien und korporative Regulierung ergänzen. Wirtschafts-
146 demokratie ist deshalb kein abstrakt-technokratisches Konzept alternativer Wirt-
147 schaftsteuerung, sondern ermöglicht individuelle Emanzipation durch Beteiligung,
148 Mitwirkung und Mitbestimmung.

149 Wachstum wurde als entscheidende Grundlage für mehr Wohlstand angesehen. Die
150 damit verbundenen ökologischen Probleme wurden zu wenig berücksichtigt. Quantita-
151 tives Wachstum und steigende Lebensqualität wurden gleichgesetzt. Unberücksichtigt
152 blieb, in welchem Ausmaß Wachstum auch durch Verschleißproduktion, durch Kon-
153 sumdruck oder durch Ausbeutung anderer Länder zu Stande kommt. Ein modernes
154 wirtschaftsdemokratisches Konzept muss das Prinzip der Nachhaltigkeit integrieren.

155 Auch konzentrierte sich die Debatte um Wirtschaftsdemokratie in der Vergangenheit fast aus-
156 schließlich auf die Sphäre der Erwerbsarbeit. Der große Bereich der unbezahlten Arbeit - über-
157 wiegend von Frauen in der Hausarbeit, der Pflege, der Kinderbetreuung geleistet - wurde genau-
158 so wenig berücksichtigt wie das Geschlechterverhältnis, das vom Familienernährermodell aus-
159 ging und den Frauen neben der Zuständigkeit für die private und unbezahlte Sorgearbeit nur eine
160 Zuverdienstrolle gab. Heute muss Wirtschaftsdemokratie auch die Demokratisierung der Ge-
161 schlechterverhältnisse und eine Gleichwertigkeit der Lebensbereiche als Ziel haben: gleiche Er-
162 werbschancen für Männer und Frauen, eine Aufwertung und gerechte Verteilung der Sorgearbeit
163 und eine Neuverteilung von Erwerbsarbeit und Privatbereich u.a. durch Arbeitsumverteilung und
164 mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten. Unabdingbar ist dabei auch eine neue Dienstleis-
165 tungsökonomie durch Ausweitung und Aufwertung vor allem der personennahen Dienstleistun-
166 gen.

167 Die älteren Entwürfe konzentrierten sich auf den Interessengegensatz zwischen Kapital
168 und Arbeit. Sie gingen davon aus, dass die abhängig Beschäftigten und ihre Organisati-
169 onen durch hierarchisch aufgebaute Betriebs- und Wirtschaftsräte auch gesamtgesell-
170 schaftliche Interessen wahrnehmen. Anstelle einer breiten Beteiligung von Beschäftig-
171 ten entstanden technokratisch/zentralistische Steuerungskonzepte. Heute dominiert
172 zwar noch immer der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit die gesell-
173 schaftlichen Konflikte. Dazu kommen aber Ziele, wie der ökologische Umbau, die
174 Durchsetzung der Geschlechterdemokratie oder die Interessen von Konsumentinnen
175 und Konsumenten. In ein zeitgemäßes Konzept der Wirtschaftsdemokratie müssen
176 diese unterschiedlichen Sichtweisen und Betroffenheiten eingebracht werden, um ge-
177 meinsame gesellschaftliche Interessen definieren zu können.

178 Schließlich wurde Wirtschaftsdemokratie bisher nationalstaatlich gedacht. Heute be-
179 schränkt die wachsende Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften die Effizienz
180 nationaler Wirtschaftspolitiken. Die Nationalstaaten haben zwar keinesfalls ausge-
181 dient. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Demokratisierung muss aber heute in ein
182 europäisches Sozialmodell eingebettet werden.

183

184 **2. Demokratisierung der Arbeitswelt**

185 Wirtschaftsdemokratie betrifft verschiedene gesellschaftspolitische Handlungsfelder.
186 Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Demokratisierung der Arbeit. Die Arbeitsbeziehungen
187 sind geprägt durch ungleiche Machtverhältnisse. Die Macht der Arbeitgeber leitet sich
188 aus dem Recht auf Eigentum oder aus der Exekutivgewalt der öffentlichen Hand ab.
189 Dieses Direktionsrecht schränkt die politischen und persönlichen Freiheitsrechte er-
190 heblich ein.

191 Die Gewerkschaften haben sich seit ihrer Gründung für die Rechte der Beschäftigten
192 eingesetzt. Mitbestimmung und Mitwirkung, Schutz- und Gestaltungsrechte waren und
193 sind immer wieder umkämpft. Wenn Wirtschaftsdemokratie im Betrieb beginnen soll,
194 dann müssen die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten ausgebaut werden. Zudem
195 muss die Mitbestimmung für alle Unternehmen und Einrichtungen gelten.

196 **2.1 Mitbestimmung in der Wirtschaft**

197 Wesentliche Forderungen zur Ausweitung *der Mitbestimmung in den Betrieben* erstre-
198 cken sich auf die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten, die Personal-
199 bemessung, auf Mitbestimmung bei Beschäftigungssicherung und Qualifizierung sowie
200 Mitbestimmung bei neuen Formen der Arbeitsorganisation, der Arbeitsgestaltung und
201 der Arbeitszeit, wie sie etwa durch digitale Arbeit ausgelöst werden. Mitbestimmungs-
202 rechte brauchen die Betriebsräte für alle Beschäftigten, unabhängig von deren rechtli-
203 chem Status. Grundsätzlich muss Mitbestimmung überall gelten, in Tendenzunter-
204 nehmen wie in kirchlichen Einrichtungen sowie in Unternehmen mit kirchlicher Trä-
205 gerschaft.

206 Die Rechte der Europäischen Betriebsräte müssen in europäischen wie in europaweit
207 tätigen Unternehmen von der bloßen Information und Konsultation auf eine echte
208 Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten ausgeweitet werden.

209 Notwendig ist eine *Reform der Unternehmensmitbestimmung* mit dem Ziel, eine echte
210 Parität in allen größeren privaten Unternehmen und des öffentlichen Sektors zu veran-
211 kern. Für die Verlagerung oder Schließung von Unternehmensteilen und abhängigen
212 Unternehmen ist eine Zweidrittelmehrheit festzuschreiben. Der Arbeitsdirektor bzw.
213 der Personalvorstand muss auf Vorschlag der Arbeitnehmerseite bestellt werden.

214 In Unternehmen europäischer Rechtsform (Societas Europea, SE) müssen die Arbeit-
215 nemervertreterInnen gleiche Mitbestimmungsrechte in den Aufsichtsgremien bzw.
216 Leitungsgremien haben, wie auf nationaler Ebene.

217 Mit der Einführung eines gesonderten Mitbestimmungsrechtes für den öffentlichen
218 Dienst wurde die einheitliche Mitbestimmung aufgegeben. Konservativ-liberale Bun-
219 des- und Landesregierungen sowie eine entsprechende Rechtsprechung haben den
220 Beschäftigten im öffentlichen Dienst wesentliche Mitbestimmungsrechte verweigert.
221 Die Forderung nach der „Demokratie in der Demokratie“ widerspricht einer Staatsauf-
222 fassung, die unter Demokratie nur die Legitimation des Handelns der Exekutive bzw.
223 der Verwaltung versteht. Deswegen braucht es eine einheitliche Betriebsverfassung.

224 **2.2 Demokratische Beteiligung anstoßen**

225 Heute müssen Demokratisierungsansätze unter Bedingungen einer radikal veränderten
226 Unternehmenssteuerung entwickelt werden. Neue Steuerungsformen verändern den
227 Charakter direkter Beteiligung: Die Beschäftigten dürfen – und müssen – unternehme-
228 rische Funktionen und Verantwortung übernehmen, die bislang dem Management
229 vorbehalten waren. Beteiligung im Rahmen von neuen Organisations- und Steuerungs-
230 formen ist „echte“ (und nicht scheinbare, bloß vorgetäuschte) Beteiligung mit tatsäch-
231 lichen Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten. In der Praxis bleiben diese
232 Versprechen aber in das betriebliche Herrschaftsgefüge und in fremdbestimmte Be-
233 dingungen (Vorgaben, Ressourcen, Marktzwänge) eingebunden. Die so entstehenden
234 Konflikte lassen Beschäftigte in Widerspruch zu sich selbst geraten: Sie wollen und
235 müssen ihre Arbeit gut machen, sie wollen aber auch ihre Gesundheit erhalten und
236 genug Zeit für sich oder die Familie haben.

237 Bei der Durchsetzung seiner Interessen bleibt der einzelne Beschäftigte aber auch auf
238 eine starke kollektive Interessenvertretung angewiesen. Deshalb ist heute, ausgehend
239 von den alten Erfahrungen mit Mitbestimmung wie auch den neuen Anforderungen an
240 Beteiligung, das Verhältnis von individueller und kollektiver Interessenvertretung neu
241 zu bestimmen. Einerseits muss kollektive Interessenvertretung sehr viel mehr mit selb-
242 ständiger Interessenvertretung verknüpft werden. Andererseits sind die Beschäftigten
243 auf starke Betriebs- bzw. Personalräte und Gewerkschaften angewiesen, wenn sie ihre
244 Arbeitsbedingungen verändern wollen.

245 Die demokratische Gestaltung der Arbeitswelt umfasst auch das Verhältnis von Er-
246 werbsarbeit und Privatbereich sowie die Digitalisierung. Gerade die neuen Steuerungs-
247 formen haben zu einer Entgrenzung der Arbeit geführt, die ein eigenständiges Privat-
248 leben gefährdet und diejenigen diskriminiert, die nicht rund um die Uhr dem Arbeitge-
249 ber zur Verfügung stehen wollen oder können.

250

251 Beteiligungsorientierte Ansätze für bessere Arbeitsbedingungen sind wichtig, weil sich
252 Rationalisierung und Humanisierung immer weniger in Einklang bringen lassen. Über-
253 lastung und Überforderung der Beschäftigten können zurückschlagen und den Unter-
254 nehmerserfolg gefährden. Dennoch macht es wenig Sinn, auf die Einsichtsfähigkeit
255 von Unternehmens- und Verwaltungsleitungen und allein auf Verhandlungslösungen
256 zu setzen. Ohne „Druck von unten“, wird es nicht möglich sein eine Trendumkehr bei
257 psychosozialen Belastungen am Arbeitsplatz zu bewirken oder eine weitere
258 Prekarisierung von Arbeit zu verhindern.

259 Der Begriff „Gute Arbeit“ kann sich nicht mehr auf Arbeitsgestaltung im engeren Sinn
260 beschränken. Gute Arbeit muss sich auch mit anderen arbeitspolitischen Gestaltungsfeldern (Gesundheit, Arbeitszeit, Leistung, Beschäftigung, Einkommen) bis hin zur Sozial- und Familienpolitik verzahnen.

263 *Beschäftigtenumfragen* und dabei insbesondere der Index „Gute Arbeit“ sind ein wesentlicher Bestandteil einer „*Arbeitspolitik von unten*“: Sie sind ein Sprachrohr der Beschäftigten, die hierin ihre Urteile und Ansprüche an die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen formulieren. Betriebliche Beschäftigtenbefragungen erweisen sich als erfolgreiche Instrumente, schlechte Arbeitsbedingungen zu thematisieren und Dialog- oder Verständigungsräume zu eröffnen, in denen sich die Beschäftigten austauschen können.

270 Der Kampf um den *Raum für Verständigungsprozesse* muss deswegen als eine zentrale politische Aufgabe für betriebliche Interessenvertretungen und Gewerkschaften verstanden werden. Für Beschäftigte gilt es, sich diesen Raum zu erobern. Sie müssen sich nicht nur über Unternehmensprozesse miteinander verständigen, sondern auch über sich selbst, d.h. über das, was mit ihnen selbst unter diesen Bedingungen geschieht und wo ihre eigenen Interessen liegen.

276 Wachsender Druck von unten muss einhergehen mit dem Kampf um eine Ausweitung der kollektiven betrieblichen Mitbestimmung auf ökonomische Fragen. Beteiligungsprozesse für bessere Arbeitsbedingungen stoßen immer wieder an ökonomische Grenzen. Wenn an den Ursachen von sich verschlechternden Arbeitsbedingungen angesetzt werden soll, dann muss an den Stellschrauben im ökonomischen Kern der Unternehmenspolitik gedreht werden: Dann geht es um Ziele und Termine sowie die Bereitstellung von Ressourcen (Personal, Budgets, Zeitkontingente).

283 **2.3 Beteiligungs- und mobilisierungsorientierte Gewerkschaftsarbeit**

284 Die Rolle von Beteiligung im Betrieb hat sich verändert. Es sind neue Konzepte und
285 Initiativen entstanden. Der Druck auf Mitgliedergewinnung schafft Strukturen für neue
286 Beteiligungsprozesse. Ansatzpunkte und Kriterien für eine beteiligungsorientierte Gewerkschaftsarbeit können sein:

- 288 • Die Gewerkschaften schaffen *Voraussetzungen* für eine Beteiligung der Beschäftigten, wenn sie Debatten zu wichtigen betrieblichen Problemen in Gang bringen und begleiten.
- 291 • Demokratische Beteiligungsprozesse können *von selbst entstehen und von außen initiiert* werden. Ausgangspunkt sind oftmals betriebliche Konflikte, die in-
- 292

293 dividuell wahrgenommen werden und zu kollektiven Auseinandersetzungen
294 führen können.

- 295 • Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte haben auch eine unterstützende
296 Funktion. Sie sollten „Räume“ organisieren, in denen die Beschäftigten selbst
297 ihre Situation reflektieren und Vorschläge für gemeinsames Handeln entwi-
298 ckeln. Betriebsöffentlichkeit ist das *Gegenprinzip zum Anspruch der Kapitaleig-*
299 *ner auf private Verfügung über das Betriebsgeschehen.*

300 301 **3. Gemischte Wirtschaft und sozialstaatliche Regulierung**

302 Wirtschaftsdemokratie beginnt in der Arbeitswelt, geht aber weit über diese hinaus. In
303 einer komplexen arbeitsteiligen Volkswirtschaft reicht es nicht aus, wenn die Demokra-
304 tie die Betriebe erreicht. Einzel- und gesamtwirtschaftliche Interessen fallen häufig
305 auseinander. Deswegen müssen die betrieblichen und gesellschaftlichen Entscheidun-
306 gen aufeinander abgestimmt werden. Der Anspruch wirtschaftsdemokratischer Kon-
307 zepte ist es diese notwendige Koordination so weit wie möglich demokratisch zu ge-
308 stalten und nicht allein den anonymen Kräften des Marktes zu überlassen. Auf dieser
309 hohen Aggregationsebene wirtschaftlichen Handelns sind Verfahren repräsentativer
310 Demokratie weitgehend alternativlos. Dabei geht es zunächst um Fragen der staatli-
311 chen Regulierung sowie der demokratischen Steuerung und Planung wirtschaftlicher
312 Prozesse über die Beteiligung kollektiver Akteure (Gewerkschaften, Verbände). Hier
313 spielt auch die Eigentumsfrage eine wichtige Rolle.

314 **3.1 Markt und Staat**

315 Die Konzepte der Wirtschaftsdemokratie betrachten Markt und Staat nicht als Gegen-
316 sätze. Der Kapitalismus ist eine Mischwirtschaft, die durch eine große Bandbreite von
317 Eigentumsformen und ein umfangreiches staatliches Regelwerk gekennzeichnet ist. In
318 vielen Wirtschaftsbereichen gibt es in unterschiedlicher Ausprägung sowohl Privatei-
319 gentum, Markt und Wettbewerb, als auch staatliches Regeln, Planen und Entwickeln.
320 In besonderer Weise trifft dies auf die Bereiche Energieversorgung, Transportwesen,
321 Medien, Gesundheitswesen, IKT und Wohnungsbau zu. Hier greift der demokratische
322 Staat in besonderer Weise über Gesetze und Verträge in das Marktgeschehen ein. Ent-
323 scheidend ist dabei immer, in wessen Interesse er dies tut.

324 Die Verfügung und Aneignung von Privateigentum wird im Kapitalismus vielfach einge-
325 schränkt. Dies betrifft unterschiedliche Regulierungsformen. Beschäftigte und ihre
326 Gewerkschaften gestalten durch betriebliche und Unternehmensmitbestimmung die
327 Unternehmenspolitik. Staatliche und überstaatliche Rahmensetzungen – Auflagen,
328 Genehmigungsverfahren, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Kartellrecht – greifen in die
329 Entscheidungsbefugnisse der Geschäftsführungen ein. Des Weiteren wird die Aneig-
330 nung der Erträge aus Privateigentum durch Tarifverträge, Steuern und Abgaben beein-
331 flusst. Hinzu kommt, dass neben dem dominanten Privateigentum auch ein ökonomisch
332 gewichtiger Sektor öffentlichen Eigentums existiert.

333 In den letzten drei Jahrzehnten wurde die Mischwirtschaft durch eine Politik der Libe-
334 ralisierung, Deregulierung und Privatisierung jedoch immer stärker auf die Bedürfnisse

335 privater Kapitaleigner zugeschnitten. Dahinter stand das uneingelöste Versprechen
336 eines dynamischen Wachstums. Bekommen haben wir die oben angesprochenen Brü-
337 che wirtschaftlicher und politischer Entwicklung. Eine marktradikale Wirtschaftspolitik
338 führt schließlich zur Forderung nach einer „marktkonformen Demokratie“. Deshalb
339 stellt sich heute mehr denn je die Frage nach einer demokratischen Neuordnung des
340 Wirtschaftens. Hierfür ist es wichtig, die Stärken und Schwächen, Möglichkeiten und
341 Grenzen der unterschiedlichen Eigentumsformen, von Märkten, Wettbewerb und de-
342 mokratischer politischer Steuerung auszuloten.

343 Privateigentum und Markt können schöpferisch wirken, ein funktionierender Preismechanismus kann ein effizientes, dezentrales Informations- und Steuerungssystem sein.
344 Allerdings widerspricht dieses von Preissignalen und damit von Einkommens- und
345 Vermögensverhältnissen gesteuerte System dem grundlegenden demokratischen Anspruch „one man/woman – one vote“. Zudem wird die Funktionsfähigkeit des Marktsystems in der Praxis immer wieder durch Marktversagen eingeschränkt. Es ist Aufgabe des Staates dieses Marktversagen ordnungspolitisch einzudämmen, etwa zu verhindern, dass Unternehmen die Umwelt verschmutzen, weil es für sie kostenlos ist. Auch soll der Staat unterschiedliche Eigentumsformen fördern. Wirtschaftsdemokratische Konzepte beschränken sich aber nicht auf Ordnungspolitik. Ein scharfes Kartellrecht, ein starker Verbraucherschutz oder eine ökologische Steuerpolitik allein sind nicht hinreichend, um den Märkten gesellschaftspolitische Ziele zu setzen. Wer gesellschaftlich notwendige Entwicklungen vorantreiben will, braucht häufig einen unternehmerischen Staat, der eigenständig forscht, entwickelt und investiert.

357 **3.2 Öffentliches Eigentum**

358 Dort, wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum nicht oder nur mangelhaft ihren Wohlfahrtszweck erfüllen, müssen sie durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. Öffentliche Güter müssen für jeden zugänglich sein, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors. Öffentliche Unternehmen sind ein Instrument des Gemeinwesens, um den politisch formulierten Gemeinwohlaufrag zu erfüllen. Insofern sind sie wesentliches Element einer Wirtschaftsdemokratie. Sie befinden sich jedoch in einem Spannungsfeld zwischen politischen Gemeinwohlanforderungen und betriebswirtschaftlichen Zwängen. In den letzten Jahren haben sich viele öffentliche Unternehmen zunehmend Marktprinzipien unterworfen und sich damit in ihrem Handeln privaten Unternehmen angenähert.

369 Auch die natürlichen Monopole – insbesondere Netzwerkindustrien, deren Dienstleistungen ausschließlich auf der Grundlage diverser Infrastrukturen geleistet und erbachtet werden können (Energiewirtschaft, Bahn, etc.) – sollten durch die öffentliche Hand gesteuert werden. Zudem können staatliche Unternehmensbeteiligungen die einzelwirtschaftliche Verwertungslogik um dienstleistungs- und industriepolitische Ziele erweitern.

375 Neben Markt- gibt es aber auch Staatsversagen. Die staatssozialistischen Ökonomien haben unter mangelnder Effizienz und Flexibilität sowie unzureichenden materiellen Anreizen gelitten. Es fehlte aber auch an einer umfassenden demokratischen Beteili-

378 gung. Genau hier liegt der zentrale Unterschied zwischen Verstaatlichung und Verge-
379 sellschaftung. Entscheidend sind demnach nicht allein die formellen Eigentumsverhält-
380 nisse, sondern vor allem die realen Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten. Öffentli-
381 ches Eigentum allein ist keine Garantie dafür, dass die Unternehmenspolitik auch am
382 gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtet wird. Wirtschaftsdemokratische Konzeptionen
383 zielen deshalb auf eine demokratische und effiziente Steuerung und Kontrolle öffentli-
384 chen Eigentums. So könnte beispielsweise ein „Public Corporate Governance Kodex“
385 erarbeitet werden, der Mindestanforderungen für Management und Aufsichtsrat öf-
386 fentlicher Unternehmen enthält. Hier sollten neben Regeln zur guten Unternehmens-
387 führung auch Mindeststandards für öffentliche Dienstleistungen und Arbeitsbedingun-
388 gen festgeschrieben sein. Erste Ansätze hierfür gibt es bereits.

389 Ferner sollten, neben den Beschäftigten, auch die Nutzerinnen und Nutzer der Leistun-
390 gen öffentlicher Unternehmen Einfluss nehmen können. Es geht um Beteiligungsfor-
391 men mit denen die Bürgerinnen und Bürger in die Planung und Erbringung der Dienst-
392 leistungen eingreifen können. Hierzu zählen z.B. Kundenforen, in denen Vorschläge für
393 neue und bessere Leistungsangebote gemacht werden können. Zur Partizipation ge-
394 hört auch eine umfassende Einbeziehung von Verbraucher- und Interessenorganisatio-
395 nen. So würde die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen nicht allein der Befriedi-
396 gung von Bedürfnissen dienen, sondern auch die Demokratisierung von Wirtschaft
397 und Gesellschaft vorantreiben.

398 **3.3 Genossenschaften**

399 Neben öffentlichem Eigentum können weitere Eigentumsformen jenseits des Privatei-
400 gentums einen Beitrag zu Wirtschaftsdemokratie leisten. Unter dem Begriff der solidari-
401 schen Ökonomie vereinen sich unterschiedliche Formen alternativen Wirtschaftens
402 wie z.B. selbstverwaltete Betriebe, Tauschbörsen oder Open-Source-Programme. Ge-
403 meinsam sind den solidarökonomischen Projekten die Gedanken der Selbstverwaltung,
404 der Kooperation und der Gemeinwesensorientierung. Im Sinne einer solidarischen
405 Ökonomie könnten dies insbesondere die Genossenschaften sein.

406 Vor dem Hintergrund der vielfältigen Probleme privatwirtschaftlicher Unternehmen
407 erfährt das Genossenschaftsmodell neue Bedeutung. Im Vordergrund steht, dass Ge-
408 nossenschaften zum Wohl ihrer Mitglieder handeln müssen. Auch Genossenschaften
409 erwirtschaften Gewinne. Doch wie sie entstehen und verwendet werden und an wen
410 sie fließen unterscheidet Genossenschaften von vielen anderen Unternehmen. Was
411 Genossenschaften erwirtschaften, fließt auf drei Wegen an die Mitglieder: Erstens
412 über die Konditionen und Qualitätsstandards der Leistungen, zweitens über die Verzin-
413 sung der Geschäftsanteile und drittens über die Investitionen in die Genossenschaft.
414 So werden Werte für die Mitglieder geschaffen, die sonst nicht entstehen oder ande-
415 ren Personenkreisen zugutekommen würden.

416 Daher ist es aus wirtschaftsdemokratischer Sicht erfreulich, dass in Deutschland wieder
417 mehr Genossenschaften gegründet werden. So etwa in der Energiebranche, dem
418 Gesundheitswesen, der Infrastruktur, im Dienstleistungsbereich, dem Wohnungsbau
419 oder im Handwerk. Durch weitere Genossenschaftsgründungen kann ein Experimen-
420 tierfeld entstehen, um neue Verfahren effektiven Wirtschaftens jenseits der Rendite-

421 maximierung auszuprobieren und zu praktizieren. Erfahrungen mit Genossenschaften
422 zeigen aber auch, dass in ihnen nicht immer echte Partizipation stattfindet.

423 **3.4 Sozialstaatliche Regulierung**

424 Ein Schwerpunkt sozialstaatlicher Regulierung ist die Bereitstellung gesellschaftlich
425 notwendiger Dienstleistungen. Der öffentliche Sektor muss ausgebaut und erneuert
426 werden. Öffentliche Güter und Dienstleistungen werden auch über ihren Beitrag zur
427 Förderung sozialer Teilhabe, Verteilungsgerechtigkeit und des gesellschaftlichen Wohl-
428 stands definiert. Bei ihrer Gestaltung ist es daher wichtig, dass die Dienstleistungsan-
429 gebote allgemein zugänglich sind, Nutzungshemmnisse abgebaut werden und freie
430 bzw. kostengünstige Angebote für bestimmte Gruppen (z.B. ältere Menschen, Ein-
431 kommenschwache, Migranten) sowie zugeschnittene Angebote existieren. Um die
432 gesellschaftlichen Bedürfnisse besser definieren zu können, muss die Arbeits-, Bildung-
433 und Sozialberichtserstattung ausgebaut werden.

434 Fester Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sind hierzulande die freien Träger.
435 Sie erbringen viele soziale Dienstleistungen und übernehmen sozialgesetzlich vorgese-
436 hene Aufgaben. Beauftragt werden sie von öffentlichen Stellen, die auch weitgehend
437 die Kosten tragen.

438 In den 90er Jahren wurden die gemeinnützigen Träger in einen Wettbewerb mit pri-
439 vatwirtschaftlichen Anbietern gezwungen. Das Soziale wurde ökonomisiert, der Sozial-
440 staat vermarktet. Kostenzentrierte Steuerungsmodelle (Kosten- und Fallpauschalen,
441 Kontraktmanagement, New Public Management etc.) knüpften die Vergabe sozialer
442 Dienstleistungen in erster Linie an den Preis. Die neu geschaffenen Wohlfahrtsmärkte
443 forcierten die Entstehung größerer Geschäftseinheiten und das Outsourcing. Gleichzei-
444 tig gehen unzureichende öffentliche Budgets mit wachsenden gesellschaftlichen Be-
445 darfen einher. Zwangsläufig bleibt vielfach die Qualität der Dienstleistungsangebote
446 auf der Strecke. Diese kostenzentrierten Steuerungsmodelle müssen durch eine Orga-
447 nisation ergänzt werden, welche neben den Kosten die Qualität der sozialen Dienstlei-
448 stungen in den Mittelpunkt stellt, den einkommensunabhängigen Zugang sicherstellt
449 und die Bürgerinnen und Bürger an Planung und Erbringung dieser Dienstleistungen
450 beteiligt.

451 Ein weiteres zentrales Feld sozialstaatlicher Regulierung ist der Arbeitsmarkt. Auf dem
452 Arbeitsmarkt geht es immer um Machtfragen. Zwischen Beschäftigten und Arbeitge-
453 bern herrschen in der Praxis keine gleichen Wettbewerbsbedingungen. Sie verhandeln
454 nicht auf Augenhöhe. Beschäftigte müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihren Le-
455 bensunterhalt bestreiten zu können. Ohne gewerkschaftlichen und gesetzlichen Schutz
456 sind sie den Arbeitgebern ausgeliefert. Deswegen organisieren sich Beschäftigte seit
457 über 150 Jahren in Gewerkschaften. Sie verhandeln ihre Löhne und Arbeitsbedingun-
458 gen als Kollektiv und können so der Macht der Unternehmer etwas entgegensetzen.

459 Sozialstaatliche Regulierung muss dafür sorgen, dass Gewerkschaften auf Augenhöhe
460 verhandeln können. Dafür braucht es den Schutz der Beschäftigten durch eine umfas-
461 sende Regulierung des Arbeitsmarktes, über einen allgemeinen gesetzlichen Mindest-
462 lohn, der Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, einer erleichter-
463 ten Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen aber auch Arbeitsschutz- und Arbeits-

464 zeitregulierungen. Darüber hinaus muss der demokratische Staat gewährleisten, dass
465 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auch autonom verhandeln können (Tarifau-
466 tonomie). Aufgabe des Staates ist es aber auch dem Erwerbsarbeitszwang arbeits-
467 markt- und sozialpolitisch entgegenzuwirken, indem ein hohes Arbeitslosengeld und
468 existenzsichernde Sozialhilfe gezahlt sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben
469 wird.

470 **3.5 Bürgerbeteiligung stärken**

471 Die Demokratisierung der Wirtschaft als Teil einer umfassenderen Strategie zur Demo-
472 kratisierung der Gesellschaft kann sich positiv darauf beziehen, dass Bürgerinnen und
473 Bürger über repräsentative und direktdemokratische Verfahren an politischen Ent-
474 scheidungen und Planungsprozessen beteiligt werden. Neben der Tätigkeit der Parla-
475 mente gibt es bereits, insbesondere auf kommunaler Ebene, einige Beispiele dafür, wie
476 Bürgerinnen und Bürger direkt in die Entscheidungsfindungen eingreifen können:

- 477 • Bürger- und Volksentscheide, bei denen in einer Wahl über eine zur Abstim-
478 mung gestellte Sachfrage entschieden wird, spielen gerade auf kommunaler
479 Ebene immer häufiger eine wichtige Rolle. Auf Bürgerversammlungen können
480 die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde Vorschläge formulieren. Mit be-
481 schlossenen Empfehlungen der Bürgerversammlung muss sich das Kommunal-
482 parlament befassen.
- 483 • Es besteht eine Vielzahl an informellen Verfahren der Bürgerbeteiligung wie
484 z.B. Runde Tische, Stellungnahmeverfahren, Zukunftswerkstätten und Pla-
485 nungszellen.

486 Die Grundlagen für diese Formen direkter Beteiligung müssen verbessert werden. Dazu
487 gehört etwa, dass hohe Zustimmungswerte bei Bürgerentscheiden abgebaut werden
488 und auch auf Bundesebene Volksentscheide stattfinden können. Bei sämtlichen Pla-
489 nungsverfahren müssen eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und Transparenz gelten.

490 **3.6 Strukturwandel demokratisch gestalten**

491 Fester Bestandteil einer wirtschaftsdemokratischen Konzeption ist die demokratische
492 Steuerung und Gestaltung des regionalen und sektoralen Strukturwandels. Die Schere
493 zwischen der wachsenden Bedeutung der Dienstleistungen für qualitatives Wachstum,
494 soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität auf der einen und ihre unzureichende Förde-
495 rung durch Innovationen und Investitionen öffnet sich immer mehr. Schlechte Arbeits-
496 bedingungen und vernachlässigte Infrastrukturen schmälern den Nutzen für Menschen
497 und Wirtschaft. Aber auch unser stofflich-energetisches Produktionssystem steckt in
498 einer ökologischen Krise und muss umgebaut werden.

499 Notwendig ist eine Dienstleistungs- und Industriepolitik, die das Ziel hat, Wirtschaft
500 und Gesellschaft sozial gerecht und ökologisch verträglich umzugestalten. Gewerk-
501 schaften, Verbraucherverbände, Umweltschützer und andere Akteure müssen sich auf
502 allen Ebenen und Branchen an den wirtschafts- und strukturpolitischen Entschei-
503 dungen beteiligen können.

504 Der ökologische Umbau der Wirtschaft und die damit verbundene notwendige Konver-
505 sion bestimmter Produktionslinien, der Ausbau der Infrastruktur sowie die Förderung

506 gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen müssen auch auf regionaler Ebene or-
507 ganisiert werden. Hierzu sind demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und So-
508 zialräte oder öffentlich gesteuerte Infrastrukturfonds denkbar.

509 Zur demokratischen Steuerung eines sozial-ökologischen Strukturwandels auf regiona-
510 ler Ebene müssen die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft bei Ausarbeitung,
511 Durchführung, Begleitung und Bewertung der strukturpolitischen Programme beteiligt
512 werden. Zudem gibt es zahlreiche Formen institutioneller Zusammenarbeit von Kom-
513 munen, Kreisen, Regionen, von Kammern, Arbeitgebern und Gewerkschaften, die bei
514 der Raumordnungspolitik und der Infrastrukturplanung mitentscheiden.

515

516 **4. Anforderungen an die gesamtwirtschaftliche Steuerung**

517 Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung entscheidet maßgeblich über die Lebens-
518 und Entwicklungschancen der Bevölkerung. Der moderne Kapitalismus ist geprägt
519 durch große wirtschaftliche Schwankungen und eine ungleiche Verteilung von Ein-
520 kommen und Vermögen. Mit Hilfe makroökonomischer Politik (Geld-, Fiskal- und
521 Lohnpolitik) können wirtschaftliche Einbrüche besser abgefedert und schneller über-
522 wunden werden. So können wirtschaftliche Dynamik und hohe Beschäftigung dauer-
523 haft gesichert werden. Dabei geht es nie um rein quantitatives, sondern um qualitati-
524 ves Wachstum. Mit Hilfe der Steuerpolitik können gesellschaftlich nicht akzeptable
525 Marktergebnisse korrigiert werden. Folglich sind die Ziele und Instrumente der Wirt-
526 schaftspolitik von großer Bedeutung für die Beschäftigten. Die Entwicklung ganzer
527 Branchen und Regionen ist davon abhängig. Die gesamtwirtschaftliche Steuerung ist
528 somit zentraler Bestandteil jeder wirtschaftsdemokratischen Konzeption. Dabei ist die
529 Frage zentral, wie die Institutionen gesamtwirtschaftlicher Steuerung beschaffen sein
530 müssen, um eine demokratische Verständigung über wirtschaftspolitische Ziele und
531 Instrumente zu ermöglichen.. Hierzu gehört die repräsentativ demokratische Beteili-
532 gung der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen an der
533 Formulierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Dies gilt sowohl für die nationale als
534 auch für die europäische und internationale Ebene.

535 **4.1 Regulierung der Finanzmärkte**

536 Die deutsche Volkswirtschaft konnte die große Finanzmarktkrise relativ erfolgreich
537 bewältigen. Die Ursachen der Krise sind jedoch noch immer wirkungsmächtig. Aus
538 wirtschaftsdemokratischer Sicht muss die Macht der Finanzinstitute künftig einge-
539 schränkt werden. Finanzinstitute, die sehr groß, sehr komplex oder stark vernetzt sind,
540 bedrohen Wirtschaft und Demokratie. Wenn diese so genannten systemrelevanten
541 Banken Pleite gehen, können sie ganze Volkswirtschaften in den Abgrund ziehen. Des-
542 wegen können sie demokratische Politik erpressen.

543 Folglich müssen Banken strikt reguliert und beaufsichtigt werden. Banken sollten ver-
544 pflichtend mehr Eigenkapital unterlegen. Der Sumpf der Schattenbanken muss tro-
545 ckengelegt werden. Finanzmarktprodukte müssen auf ihren volkswirtschaftlichen Nut-
546 zen hin geprüft werden. Zudem sollten regional verankerte öffentliche Banken (Spar-

547 kassen) sowie Genossenschaftsbanken (Volks- und Raiffeisenbanken) gestärkt und
548 ausgebaut werden.

549 Eine Schlüsselrolle bei der Regulierung des Finanzsektors hat die Europäische Zentral-
550 bank. Bei der EZB refinanzieren sich die Geschäftsbanken der einzelnen Länder. Zudem
551 beschafft die Zentralbank Liquidität. Aufgrund dieser gesellschaftlichen Bedeutung ist
552 die formale Unabhängigkeit der Notenbank aus wirtschaftsdemokratischer Sicht prob-
553 lematisch. Deswegen sollten die gesetzlichen Grundlagen der EZB so verändert wer-
554 den, dass neben dem Ziel der Geldwertstabilität gleichgewichtig die Ziele der Beschäf-
555 tigungssicherung, der Verteilungsgerechtigkeit und der ökologischen und wirtschaftli-
556 chen Nachhaltigkeit treten. Perspektivisch ist die Unabhängigkeit der Zentralbank
557 durch ihre Einbindung in demokratische Strukturen zu überwinden.

558 Eine große Rolle auf den Finanzmärkten spielt das Kapital, das für die Alterssicherung
559 angelegt wird. Auch in Europa haben solche Kapitalanlagen deutlich zugenommen. Die
560 damit verbundene Ersparnisbildung schränkt aber den Konsum ein. Gleichzeitig steigt
561 das Volumen anlagesuchenden Kapitals, so dass zunehmend riskante Anlageformen
562 gewählt werden. Deshalb muss, neben einer Stärkung der öffentlichen, umlagefinan-
563 zierten Rentensysteme, dafür gesorgt werden, dass die betroffenen Beschäftigten und
564 ihre Gewerkschaften in Verwaltungsräten über die Anlageziele und -formen von Al-
565 tersvorsorgefonds mitentscheiden.

566 **4.2 nationale und europäische gesamtwirtschaftliche Steuerung**

567 Die enge Koordination von Finanz-, Geld-, und Lohnpolitik leistet einen wichtigen Bei-
568 trag für wirtschaftliche Dynamik und hohe Beschäftigung. Gewerkschaften und Ver-
569 bände sollten in institutionalisierter Form (nationaler makroökonomischer Dialog,
570 Wirtschaftsräte, etc.) in die Ausgestaltung dieses makroökonomischen Politikmix ein-
571 bezogen werden. Diese nach repräsentativen demokratischen Verfahren besetzten
572 Gremien sollten an der gesamtwirtschaftlichen Steuerung beteiligt werden. Nationale
573 wirtschaftspolitische Koordinierung reicht heute aber nicht mehr aus.

574 Mit Blick auf globalisierte Märkte und die europäische Währungsunion bedarf es einer
575 europäischen Koordination der nationalen Finanz-, Geld-, und Lohnpolitiken. Ein mög-
576 licher Anknüpfungspunkt ist der makroökonomische Dialog auf europäischer Ebene.
577 Auch hier geht es um wirkliche Beteiligung an gesamtwirtschaftlicher Steuerung.

578 Ziel einer solchen europäischen gesamtwirtschaftlichen Koordinierung muss die Wie-
579 derherstellung der Vollbeschäftigung, die Stärkung der Masseneinkommen, die Über-
580 windung der sozialen Ungleichheit, die Festigung der sozialen Sicherungssysteme, die
581 Abschaffung von sozial ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen sowie der Ausbau
582 der Arbeitnehmerrechte und der Demokratie in Betrieben und Unternehmen sein.

583

584 **5. Schlussfolgerungen**

585 Die Gewerkschaft ver.di will mit diesem Papier die Diskussion um Wirtschaftsdemokra-
586 tie anstoßen – sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch mit den sozialen Bewe-
587 gungen. Dies ist nötiger denn je. Der Neoliberalismus hat die Gewerkschaften in eine
588 Defensive gedrängt, in der wir überwiegend nur die negativen Folgen des Finanz-

589 marktkapitalismus für die abhängig Beschäftigten und für die Gesellschaft insgesamt
590 bekämpfen bzw. auffangen konnten. Wenn wir aus der Defensive herauskommen wol-
591 len, müssen wir die Ursachen für den Raubbau an den Lebensgrundlagen der abhängig
592 Beschäftigten, an der sozialen und ökologischen Daseinsvorsorge, an den demokrati-
593 schen Einflussmöglichkeiten in der Politik und in der Arbeitswelt bekämpfen und Vor-
594 stellungen zur konkreten Umsetzung einer Wirtschaftsdemokratie entwickeln. Deswe-
595 gen braucht es Alternativen zu einer Unterordnung aller Lebensbereiche unter die ent-
596 fesselten Marktkräfte. Hierfür soll dieses Papier ein erster Diskussionsanstoß sein.

597